

## PresseMedienMitteilung / An die Ressorts Innenpolitik

Betrifft: DIE ZEIT Nr. 2, 5. Januar 2006, Text Seite 8:

»Die mündige Demokratie verwirklichen« - Die wichtigste Reform in der 16. Legislaturperiode des Deutschen Bundestags - Ein Anstoß der Initiative »Wir sind Deutschland I.M.C.« [<http://www.wirsinddeutschland.org/zeitungsanzeige.htm>]

I. Seit Wochen gibt es in den MassenMedien nicht nur die mit 30 Millionen Euro gesponserten Anzeigen und Werbespots der Kampagne »Du bist Deutschland«, sondern immer wieder auch Kommentare dazu – zum Beispiel in der FAZ vom 4. 1. 2006 – und auch Hinweise von führenden Politikern – zum Beispiel von dem Bundestagspräsidenten *Dr. Norbert Lammert* in seiner Amtsantrittsrede am 18. Oktober und in seiner Neujahrsansprache – zu dieser Kampagne. Nicht genug damit, dass sie und die ihr zugrunde liegende Philosophie an sich problematisch ist, wird sie überdies, etwa von Lammert, auch unter dem Namen »Wir sind Deutschland« erwähnt. Als ob das einerlei wäre – **Du** und **Wir!**

II. Mit der damit erzeugten *Begriffsverwirrung* sollte jetzt Schluss sein:

Denn seit September besteht unter dem Namen »**WIR SIND DEUTSCHLAND I.M.C**« eine aus der Zivilgesellschaft gebildete Initiative, die sich jetzt mit einer »*Öffentlichen Petition*« an den Deutschen Bundestag gewandt und im Internet zugleich eine Möglichkeit eingerichtet hat, dass jede/r Stimmberechtigte zu dem Anliegen der Petition seine WILLENSBEKUNDUNG abgeben kann [<http://www.wirsinddeutschland.org/willensbekundung.htm>].

III. Diese Initiative zeigt mit ihrer Forderung, welche sie jetzt mit einem Inserat in der Wochenzeitung DIE ZEIT der breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht hat, den Weg, der uns instand setzen wird, dass wir die vielfältigen Probleme, die unser Land gegenwärtig bedrängen, nicht durch illusionäre und vermessene individualistische oder auch von Präsidenten, Regierenden oder Kirchenführern ausgehende Appelle, sondern allein durch die *Mobilisierung aller geistig-politischen Ideen und Potentiale*, die in unserer Bevölkerung leben und in Konsequenz dessen durch die *demokratischen Entscheidungen des Souveräns* selbst mit der *Feststellung des Gemeinwillens* überwinden können.

Damit das geschehen kann, müssen wir eine Reform realisieren, welche die Haushaltskasse des Gemeinwesens mit keinem Euro zusätzlich belasten, vielmehr große Summen einsparen und zu wirklicher sozialer Gerechtigkeit und zum *Gemeinwohl* insgesamt führen wird.

**IV. Es geht dabei um die Ermöglichung dessen, was unser parlamentarisches System überhaupt erst auf die Höhe einer mündigen, von der Souveränität des Volkes getragenen Demokratie führen wird:**

### **Die dreistufige Volksgesetzgebung.**

Die große Koalition hat in ihrem Vertrag vereinbart, eine Reform in dieser Richtung bedenken zu wollen [Kapitel VI. Ziff. 8.]. Damit ein solches Ansinnen nicht wieder, wie schon in früheren Legislaturperioden, auf der Strecke bleibt, bedarf es jetzt einer möglichst breiten Information über die sachlichen Bedingungen dieser Aufgabe und einer dementsprechenden breiten Unterstützung des Impulses in seiner konkreten Erscheinungsform [siehe DIE ZEIT a. a. O.].

V. Die Initiative, die ihr Projekt bisher ohne Sponsoren verfolgt hat, dankt insbesondere den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien für die Aufnahme der diesbezüglichen Informationen in ihren Blättern und/oder Sendeplätzen. Für Fragen zum Projekt und/oder Interviews bzw. die Teilnahme an Gesprächsrunden stehen wir jederzeit zur Verfügung.

Für die Initiative: *Wilfried Heidt*  
Achberg, 5. Januar 2006